

Beiblatt

Zu Besonderen Vertragsbedingungen -

Blatt Nr. 214

zu Punkt 10 – Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Allgemeines:

Bauvorhaben: Landesgartenschau 2027 Neustadt an der Weinstraße

Leistung: Innenausbau des Sportpavillon

10.1 Tariftreue und Mindestentgelt

Nach Maßgabe des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz Rheinland-Pfalz –LTTG-) vom 01.12.2010, zuletzt geändert durch das Zweite Landesgesetz zur Änderung des Landestariftreuegesetzes vom 08.03.2016, wird folgendes vereinbart:

- a. Die Vertragspartner vereinbaren nach Maßgabe von § 7 Abs. 1 LTTG für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen seine Verpflichtungen aus den §§ 3-6 LTTG oder den insoweit bestehenden Pflichten seiner Nachunternehmer, die ihm bekannt sind oder die er kennen musste, eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v. H. des Auftragswertes, bei mehreren Verstößen höchstens 10 v. H. des Auftragswertes. Ist die verwirkte Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, so kann sie von dem öffentlichen Auftraggeber auf Antrag des beauftragten Unternehmens auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden.
- b. Dem öffentlichen Auftraggeber steht bei festgestellter, mindestens grob fahrlässiger und erheblicher Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3-6 LTTG durch das beauftragte Unternehmen das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund zu.
- c. Bei festgestelltem, mindestens grob fahrlässigem oder mehrfachem Verstoß gegen Verpflichtungen aus dem LTTG durch das beauftragte Unternehmen oder ein Nachunternehmen kann der öffentliche Auftraggeber das betreffende Unternehmen oder Nachunternehmen für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihrer öffentlichen Auftragsvergabe ausschließen.

10.02 Baustellenverkehr

Die Baustelle (und ihre Teilbereiche) ist über befestigte Straßen zu erreichen.

10.03 Für den Verkehr freizuhaltende Flächen

Durch und zum Projektgebiet führen diverse Straßen. Diese sind jederzeit freizuhalten. Sie dienen auch als Feuerwehrezufahrt. Insbesondere die durch das Projektgebiet führende Straße – Adolf-Kolping-Straße ist jederzeit frei- und aufrechtzuerhalten. Außerhalb des durch den AN eingezäunten Projektbereiches sind Arbeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen bzw. an städtischen Flächen vorgesehen. Diese Arbeiten erfolgen zum Teil zeitgleich.

10.04 Unterkünfte

Temporäre Unterkünfte wie Schlafräume und Aufenthaltsräume für die Freizeit dürfen innerhalb der Liegenschaften, in der sich die Baustellen befinden, nicht aufgestellt und eingerichtet werden. Das Übernachten innerhalb der Liegenschaften ist ausdrücklich untersagt.

10.05 Baustelleneinrichtung

Mögliche Baustelleneinrichtungsflächen sind in den beiliegenden Planunterlagen gekennzeichnet. Die Baustelleneinrichtung ist im Rahmen der Erstellung der Baustelleneinrichtungspläne mit dem Auftraggeber und der Bauleitung abzustimmen. Ein Baustelleneinrichtungsplan ist 2 Wochen nach Auftragserteilung 2-fach zur Genehmigung vorzulegen. Es ist dem AN überlassen, ob dieser seine BE-Fläche mit einem Bauzaun einfasst.

Der Bieter hat das Entsorgen des anfallenden Mülls selbst zu verantworten und ist dafür bis zur Fertigstellung der Leistung für die Entsorgung seines Mülls selbst verantwortlich dies gilt es zu berücksichtigen

Die Anlieferung von Material erfolgt stets auf abgestimmte Flächen, um dieses zwischen zu lagern.

Die Nutzung von Flächen außerhalb des Geländes der Landesgartenschau ist nicht möglich.

10.06 Wasser-, Strom und Abwasseranschlüsse

Siehe hierzu die Angaben in den allgemeinen Vorbemerkungen / Baubeschreibung im Leistungsverzeichnis als „Allgemeinen Regelungen für Bauarbeiten jeder Art“.

Die Einrichtung der Baustrom- und Bauwasserversorgung erfolgt durch den AN in Abstimmung mit dem örtlichen Versorger aus dem öffentlichen Bereich. Ein Anschluss für Bauwasser steht auf dem Gelände der Landesgartenschau zur Verfügung und kann von einem Hydranten bezogen werden. Die Kosten für die Herstellung der jeweiligen Anschlüsse und die erforderlichen Leitungen (Längen/Querschnitte) für die Verteilung auf dem Baufeld sowie sämtliche erforderlichen Anträge etc. sowie die Verbrauchskosten sind in die Positionen der Baustelleneinrichtung einzurechnen. Die Baustrom- und Bauwasserzählung ist mit dem örtlichen Versorger zu regeln, zu dokumentieren und dient der externen Verrechnung des AN mit dem Versorger.

Der Anschluss für Baustrom ist über einen Anschlusskasten unweit des Pavillons bauseits vorhanden und kann vom AN über seinen eigenen Baustromverteiler auf seine Kosten angeschlossen werden.

Für die Abwasserentsorgung steht zunächst die auf dem Baugrundstück vorhandene Kanalisation (Schmutzwasser oder Mischwasser) zur Verfügung.

Für einen Bauwasseranschluss ist vom AN ein Anschluss mit Rückflussverhinderer ins Leitungssystem und geeichtem vom Versorger zu beziehende Wasserzähler auf seine Kosten und für die Dauer der Bauzeit zu installieren, zu unterhalten und später wieder abzubauen. Die Leitung, der Anschluss und die Entnahmestellen sind vom AN auch gegen Frost zu schützen.

10.07 Rauchverbot

In Gebäuden ist Rauchen gesetzlich verboten. Rauchen ist nur im Freien im Abstand von 15 m zu Gebäuden an vom AN einzurichtenden und zu kennzeichnenden Stellen gestattet. Es sind brandfeste Behältnisse mit Sandfüllung bereitzustellen.

Personen, die dies nicht beachten, können der Liegenschaft verwiesen werden.

10.08 Sicherheits- und Gesundheitsschutz:

Die Baustelle unterliegt den Bestimmungen der Baustellenverordnung. Durch den Auftraggeber ist ein Koordinator für Sicherheits- und Gesundheitsschutz bestellt. Der Auftragnehmer und seine Beschäftigten haben den Anweisungen des Bauleiters bezüglich des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes zu folgen und insbesondere an der Eingangsunterweisung durch den Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator teilzunehmen.

Zuzüglich zu den einzuhaltenden Gesetzen und Verordnungen der Bundesrepublik Deutschland sowie den Unfallverhütungsvorschriften der DGUV wird auf folgende verbindliche Regelungen hingewiesen. Alle Personen auf der Baustelle müssen die persönliche Schutzausrüstung verwenden. Insbesondere wird auf die Pflicht des Tragens von Schutzhelmen, Warnwesten und Sicherheitsschuhen während der gesamten Bauphase hingewiesen. Dies betrifft alle Nachunternehmer, Besucher, Lieferanten sowie alle Fahrer von Anlieferfahrzeugen.

Sofern Arbeitsschutzrevisionen durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion teilweise in Begleitung der Berufsgenossenschaften stattfinden, sind verantwortliche Personen für die Teilnahme an diesen Terminen sowie für qualifizierte Auskünfte bereitzustellen. Dasselbe gilt für Unterweisungstermine durch den Sicherheitskoordinator. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Inhalte sowohl der Arbeitsschutzrevisionen als auch der Unterweisungen an die auf der Baustelle tätigen Arbeitnehmer weitergegeben werden.

10.09 Unfälle

Der Auftragnehmer hat Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschaden entstanden ist, dem Auftraggeber, dem Objektüberwacher und dem Projektleiter des Auftraggebers unverzüglich mitzuteilen.

10.10 Fachbauleitung und Aufsichtspersonal des AN

Die Fachbauleitung ist vom Auftragnehmer für seine Leistungen zu erbringen und in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Der Auftragnehmer hat bei Vertragsabschluss schriftlich einen kompetenten und zeichnungsberechtigten, verantwortlichen Bauleiter zu benennen. Die Erklärungen dieses Bauleiters sind für den AN bindend. Der Bauleiter muss in der Regel ein abgeschlossenes Studium (Dipl.-Ing. / Meister oder gleichwertig in der entsprechenden Fachrichtung) vorweisen und mindestens fünf Jahre Praxis als Bauleiter auf nach Art und Größe ähnlichen Baustellen aufweisen. Der Bauleiter darf nur mit Einwilligung des Bauherrn gewechselt werden. Er muss unabhängig sein vom jeweiligen Nachunternehmer für das jeweilige Gewerk. Für Zeiten seiner Abwesenheit (Urlaub bzw. Krankheit) von der Baustelle muss der AN einen geeigneten ständigen Vertreter namentlich benennen und ihn ausreichend über die Erfordernisse der Baustelle unterrichten. Er übernimmt die Kontrolle und damit auch die Verantwortung aller für den AN tätigen Personen. Er sorgt für einen reibungslosen und vertragskonformen Bauablauf. Diese Tätigkeit kann nicht an andere Personen (z.B. Nachunternehmer) delegiert werden.

Aufsichtspersonal, Vorarbeiter oder Poliere müssen ständig als Ansprechpartner auf der Baustelle anwesend sein, ungeachtet der Anzahl des eingesetzten Personals. Der Ansprechpartner muss deutschsprachig, fachkompetent und weisungsbefugt gegenüber dem Personal sein, er muss ein Vertreter des Auftragnehmers gemäß VOB/B §4 Abs.1 Nr. 3 sein.

10.11 Koordinierungsgespräche / Baubesprechung:

Es finden auf der Baustelle regelmäßig und nach Absprache - in der Regel wöchentliche - Koordinierungs-/ Baubesprechungen statt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, selbst oder durch einen bevollmächtigten Vertreter (Bauleiter) an den Besprechungen teilzunehmen im Zeitraum der Ausführung seiner Leistungen sowie außerhalb dieses Zeitraums an Besprechungen, die im Zusammenhang mit der Ausführung seiner Leistungen stehen.

Die Ergebnisse der Baubesprechungen werden vom AG oder vom AG bestellten Objektüberwacher/ Fachplaner in einem Protokoll festgehalten. Dieses Protokoll erhält der AN per Fax oder E-Mail. Die dort getroffenen Festlegungen sind verbindlich. Sollte es sich als notwendig erweisen, weitere regelmäßige Besprechungstermine durchzuführen, so hat der Auftragnehmer nach Erfordernis daran

teilzunehmen. Er hat nach Erfordernis Vertreter der Nachunternehmer hinzuziehen. Die Teilnahme an den Besprechungen ist Nebenleistung und wird nicht gesondert vergütet.

10.12 Baufristenplan

Der Auftragnehmer hat einen Baufristenplan als Balkendiagramm mit Verknüpfungen über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Die Vertragsfristen ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen bzw. dem den Ausschreibungsunterlagen beiliegenden Rahmenterminplan.

Die Festlegungen des Auftraggebers, z. B. zur baufachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Bei Änderungen der Vertragsfristen oder bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan durch den Auftragnehmer unverzüglich zu überarbeiten.

Der Baufristenplan des Auftragnehmers (AN) ist dem Auftraggeber zwei Kalenderwochen nach Auftragserteilung, bei Überarbeitungen unverzüglich jeweils in zwei Papier- Fertigungen zu übergeben. Der Baufristenplan ist zusätzlich als Datei im PDF-Format zu übergeben.

10.13 Bautagebücher:

Der Auftragnehmer hat als Nebenleistung Bautageberichte zu erstellen. In diese sind für jeden Arbeitstag zumindest folgende Informationen einzutragen:

- Verantwortlicher für die Bauaufsicht des Auftragnehmers
- Witterung, Temperatur, Luftfeuchtigkeit morgens, mittags, abends
- Arbeitszeit
- auf der Baustelle tätige Mitarbeiter des Auftragnehmers und dessen Nachunternehmer, geordnet nach Gewerken/Nachunternehmern
- Polier / Facharbeiter / Helfer
- Geräteeinsatz
- Anlieferung von Baumaterialien
- Art und Umfang der ausgeführten Leistungen, geordnet nach Gewerken/ Nachunternehmern,
- Baustellenbesucher
- Anweisungen, Anordnungen des Auftraggebers
- Bedenken des AN gegen die geplante Ausführung
- Behinderungen des AN
- besondere Vorkommnisse

Die Bautagesberichte sind dem Vertreter des Auftraggebers für jeden Tag, an dem Arbeiten ausgeführt werden zu führen und wöchentlich zur Gegenzeichnung vorzulegen. Der Vertreter des Auftraggebers oder der Auftraggeber selbst bestätigt den Erhalt, nicht jedoch die Richtigkeit der Angaben.

10.14 Kalkulationsunterlagen

Der für den Zuschlag in Betracht kommende Bieter übergibt die dem Angebot zu Grunde liegenden Kalkulationsunterlagen vor schriftlicher Auftragserteilung einem Bevollmächtigten des Auftraggebers.

Diese sind bis zur Vertragserfüllung beim Auftraggeber zu hinterlegen.

Für den Fall einer Prüfung nach § 16 VOB/A und § 16 Abs. 2 HVTG sowie von Vergütungsansprüchen des Auftragnehmers nach VOB Teil B § 2 Nr. 3, 5, 6 und 7 sowie von Schadenersatzansprüchen des Auftragnehmers nach VOB Teil B § 6 Nr. 6 ist der Auftraggeber berechtigt in Anwesenheit des Bieters/Auftragnehmers, die Kalkulationsunterlagen zur preislichen Prüfung zu öffnen, einzusehen und wieder zu verschließen.

10.15 Freistellungsbescheinigung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48 b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

10.16 Nachunternehmer

Der Einsatz von Nachunternehmern oder freiberuflich Tätigen, die vom Wettbewerb ausgeschlossen sind, ist unzulässig. Sowohl der Auftragnehmer als auch dessen Nachunternehmer haben Eigenerklärungen gemäß Ziffer 8 des Gemeinsamen Runderlass über den „Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen“ in der Fassung vom 24. November 2015 (StAnz. S. 1375 ff) abzugeben.

Weigert sich der Auftragnehmer von dem Einsatz eines vom Wettbewerb ausgeschlossenen Unternehmens Abstand zu nehmen, kann der Auftrag entzogen werden. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Auftragnehmer beim Nachunternehmereinsatz die arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Vorschriften einzuhalten hat. Hinsichtlich der Abführung von

Sozialversicherungsbeiträgen wird auf die durch das Gesetz zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit (am 1. August 2002 in Kraft getreten) eingeführte Generalunternehmerhaftung aufmerksam gemacht. Zu dem Nachweis der Eignung der Nachunternehmer siehe Nr. 7 der Bewerbungsbedingungen (Formblatt 212).

Der AN hat sämtliche Besonderen Vertragsbedingungen einschließlich aller Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen in die Verträge mit Nachunternehmern aufzunehmen. Nachunternehmer sind dem AG rechtzeitig vorab zur Genehmigung anzumelden.

10.17 Berechnung der Vergütung von Nachtragsvereinbarungen

Der Auftragnehmer hat seine Berechnungen für die Vergütung von Nachtragsvereinbarungen nach § 2 VOB/B gemäß dem "Leitfaden zur Vergütung bei Nachträgen-, VHB- Vergabehandbuch des Bundes-Ausgabe 2017 - Stand 2019" vorzunehmen.

Hierfür ist die Excel-Datei „521- Vergütungszuordnung und -berechnung“ zu verwenden, die bei Bedarf vom, im Auftragsschreiben genannten, Ansprechpartner weitergegeben wird.

Formblatt 221/222 „Preisermittlung bei Zuschlagskalkulation“ und 223 „Aufgliederung der Einheitspreise“ werden Vertragsbestandteil. Insbesondere Regelungen zu Nachlass und Zuschlägen gelten auch für Nachtragsvereinbarungen.

10.18 Rechnungsstellung

Die Rechnungslegung in Form von Abschlagsrechnungen sowie die Schlussrechnung hat nach dem Wertumfang der kumulativ erbrachten und nachgewiesenen Bauleistungen als Fortschreibung bis zur Schlussrechnung als "kumulative Rechnungslegung" zu erfolgen.

Alle **Rechnungen** sind beim Auftraggeber digital (PDF-Datei)

und

zugleich bei dem zuständigen Freiberuflich Tätigen 1-fach im Original und digital (PDF-Datei) einzureichen.

Die **notwendigen Rechnungsunterlagen (z.B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen)** sind

beim zuständigen Freiberuflich Tätigen 1-fach im Original in Papierform und digital (PDF-Datei)

und zugleich beim Auftraggeber digital (PDF-Datei, Mengenberechnungen zusätzlich als bearbeitbare EXCEL-Tabelle im *.xlsx- Format) einzureichen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die im LV angegebenen Mengen im Zuge seiner Arbeiten zu überwachen. Sollte bei der Ausführung eine Mengenmehrung erforderlich werden, so ist hierfür in jedem Fall die vorherige Zustimmung des Auftraggebers einzuholen. Der AN erstellt zusammen mit der Objektüberwachung des AG zeitnah ein gemeinsames Aufmaß. Bei jeder Abschlagsrechnung muss ein Aufmaß als Nachweis der erbrachten Leistung beigelegt werden.

Abrechnung Einheitspreis/EP

Die in diesen LV-Bereichen erfassten Leistungen werden gemäß §2 Abs. 2 VOB Teil B nach den vertraglichen Einheitspreisen und den tatsächlich ausgeführten Leistungen vergütet. Die Abrechnung erfolgt gemäß §14 VOB Teil B. Die Regelung für die Erstellung von Aufmaßen und Mengenberechnungen sind zu beachten.

Abrechnung nach Bereichen

Teilleistungen des Leistungsverzeichnisses (Lose und LV-Bereiche) sind nach Vorgabe des Auftraggebers zur Schlussrechnung in einem gesonderten Rechnungslauf mit eigenen SR-Nummern abzurechnen. Dies dient dem Auftraggeber zur Abrechnung der Leistungen gegenüber verschiedenen Fördermittelgebern. Um eine Abrechnung der Leistungen gegenüber verschiedenen Fördermittelgebern zu ermöglichen und sicherzustellen, sind wie unter Punkt 10.18 bereits benannt, die notwendigen Mengenberechnungen / Mengenermittlungen dem Auftraggeber digital als bearbeitbare EXCEL-Tabelle im XLSX-Format zur Verfügung zu stellen.

Dies ist als Nebenleistung einzukalkulieren.

Für die benannten Leistungen ist: 1 gesonderte Schlussrechnungsläufe einzukalkulieren.

- 1 x Schlussrechnung nach Vorgabe des AG

Ein entsprechender Lageplan mit Zuordnung der betreffenden LV-Bereiche/Positionen wird im Laufe der Ausführung übergeben.

Pflichtangaben zur Bearbeitung von Eingangsrechnungen

Die Landesgartenschau 2027 Neustadt an der Weinstraße gGmbH behält sich das Recht vor, fehlerhaft oder unvollständig ausgestellte Eingangsrechnungen **nicht bearbeitet** an den Rechnungssteller zurückzuschicken.

Für eine fristgemäße Bearbeitung bitten wir um maschinell erstellte Rechnungen an folgende Anschrift:

Landesgartenschau 2027 Neustadt an der Weinstraße gGmbH

Marktplatz 1

67433 Neustadt an der Weinstraße

Die Landesgartenschau 2027 Neustadt an der Weinstraße gGmbH benötigt Originalrechnungen in Textform. Handschriftlich erstellte Rechnungen können nicht bearbeitet werden.

Rechnungen können auch elektronisch im PDF Format an: **rechnungseingang-lgs@neustadt.eu** gesendet werden.

Pflichtangaben für die Rechnungsstellung

- Ihre vollständigen Kontaktinformationen [Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse]
- Ihre Umsatzsteuer ID oder Steuernummer
- Rechnungsnummer
- Rechnungsdatum
- Auftragsnummer

[falls von der Landesgartenschau 2027 Neustadt an der Weinstraße gGmbH übermittelt worden]

- Rechnungsadresse bzw. Leistungsempfänger, siehe oben
- Ihre Kontaktperson bei der Landesgartenschau 2027 Neustadt an der Weinstraße gGmbH
- Nettobeträge, ggf. nach Steuersätzen aufgeschlüsselt und die darauf entfallenden Steuerbeträge sowie den Bruttorechnungsbetrag
- Vereinbarte Minderungen auf die Rechnungssumme [bspw. Rabatte oder Skonti]
- Abgerechnete Mengen und Beschreibungen der Lieferungen bzw. Leistungen
- Rechnungswährung [muss immer der im Auftrag angegebenen Währung entsprechen]
- Datum bzw. Zeitraum der Warenlieferung, Dienst- oder Bauleistungen
- Ihre vollständige Bankverbindung inkl. Adresse des Zahlungsempfängers [falls der Rechnungssteller vom Zahlungsempfänger abweicht]

Hierbei handelt es sich um die Mindestangaben bei allen Rechnungen bzw. Gutschriften für Dienstleistungen, Warenlieferungen oder Bauleistungen. Fragen zum Bearbeitungsstand Ihrer Rechnung oder Zahlungserinnerungen können Sie gerne an rechnungseingang-lgs@neustadt.eu senden.

10.19 Stundenlohnarbeiten

Stundenlohnarbeiten sind besondere Leistungen, die nur auf ausdrückliche Anweisung des AG ausgeführt werden dürfen. Stundenlohnarbeiten sind dem AG sowie der Objektüberwachung mindestens 3 Werktage vor Ausführung schriftlich (per Mail) anzuzeigen. Dabei sind der zu

erwartende Personalaufwand sowie die vorgesehenen Geräte und Materialien und die hieraus resultierenden zu erwartenden Kosten anzugeben. Stundenlohnarbeiten sind durch entsprechende Nachweise/Belege zu dokumentieren, der Objektüberwachung sowie dem AG arbeitstäglich, spätestens 3 Kalendertage nach Ausführung mit allen erforderlichen Angaben inhaltlich nachvollziehbar zuzustellen.

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen enthalten.

Für vom Auftraggeber angeordneten und anerkannten, nach tatsächlichem Aufwand nachgewiesenen Stundenlohnarbeiten werden die vereinbarten Stundenverrechnungssätze zuzüglich Umsatzsteuer nach den tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten ohne An- und Abfahrtszeiten, ohne Pausenzeiten sowie ohne sonstige Wegezeiten zum Einsatzort vergütet.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden.

Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

10.20. Kampfmittelräumung

Für das Gelände besteht bereichsweise ein Kampfmittelverdacht (Bombenabwurfgebiet). Seitens des AG wurde ein Kampfmittelräumkonzept erstellt. Siehe hierzu die Angaben in den allgemeinen Vorbemerkungen im Leistungsverzeichnis bzw. die „Allgemeinen Regelungen für Bauarbeiten jeder Art“.

Werden im Zuge der Baumaßnahme Munition oder Kampfmittel freigelegt, sind umgehend die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen einzuleiten und der AG ist zu benachrichtigen.

10.21 Reinigung, Bauschutt- und Bauabfallbeseitigung

Die Baustelle ist vom Auftragnehmer ständig in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten. Abfälle, Bauschutt und Verpackungsmaterial sind umgehend zu beseitigen. Beschädigungen und Verunreinigungen der Straßen innerhalb und außerhalb der Liegenschaften sind vom AN arbeitstäglich zu beheben bzw. zu entfernen. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, so wird die Abfallentsorgung und Reinigung, bzw. Reparatur auf Kosten des Auftragnehmers durchgeführt. Das Reinigen der Baustelle sowie die Straßenreinigung ist einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet.

Die Bauschutt- und Bauabfallbeseitigung (gemäß VOB) ist wöchentlich vorzunehmen. Erfolgt dies nicht, ergeht mit der Nachfrist von 24 Stunden eine weitere Aufforderung. Wird dies wiederum nicht eingehalten, ist der Auftraggeber oder die von ihm bestellte Objektüberwachung berechtigt, ohne weitere Aufforderung auf Kosten des Auftragnehmers die Beseitigung zu veranlassen.

Die ordnungsgemäße Abfallbeseitigung ist dem Auftraggeber über die von ihm bestellte Objektüberwachung nachzuweisen. Diese Regelung ist nicht anfechtbar.

10.22 Arbeitszeiten:

Grundsätzlich sind die auszuführenden Bauleistungen von anderen Gewerken abhängig, aus diesem Grund ist eine Anwesenheit auf der Baustelle von Montag bis Freitag innerhalb der üblichen Arbeitszeiten von mindestens 8:00 bis 16:00 Uhr unabdingbar.

Die Arbeiten sind während der normalen Arbeitszeit zwischen 7.00 Uhr und 18.00 Uhr auszuführen, falls der AG nicht eine andere Arbeitszeit genehmigt hat.

An Samstagen, Sonntagen und an Feiertagen darf nur gearbeitet werden, wenn die vorherige schriftliche Zustimmung durch den Auftraggeber vorliegt. Die erforderlichen Anträge sind 2 Wochen vorab zu stellen.

Feiertage sind derzeit:

1. Januar (Neujahrstag)

Karfreitag (Ostern in Deutschland)

Ostermontag (Ostern in Deutschland)

1. Mai (Tag der Arbeit)

Christi Himmelfahrt in Deutschland

Pfingstmontag (Pfingsten in Deutschland)

Fronleichnam in Deutschland

3. Oktober – Tag der deutschen Einheit

1. November - Allerheiligen

25. Dezember 1. Weihnachtstag in Deutschland

26. Dezember 2. Weihnachtstag in Deutschland

Werktage sind alle Tage mit Ausnahme von Sonn- und oben genannten Feiertagen.

10.23 Ausführungsunterlagen:

Planunterlagen des Auftraggebers (AG) werden dem Auftragnehmer (AN) grundsätzlich nur digital als pdf- oder dwg-Dateien unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Weitere Ausfertigungen wie Papierplots u.ä. müssen durch den AN selbst erbracht werden. Der Erhalt der Unterlagen ist vom AN schriftlich zu bestätigen.

Planunterlagen des Auftragnehmers (AN) sind dem Auftraggeber (AG) bzw. dem vom Auftraggeber bestellten freiberuflich Tätigen (Fachplaner / Architekt) grundsätzlich jeweils 2-fach in Papierform sowie digital als pdf- oder dwg-Dateien rechtzeitig und unaufgefordert zur Freigabe vorzulegen, wenn in der Leistungsbeschreibung keine abweichende Angabe gemacht ist.

10.24. Dokumentation Wiederverwertung / Entsorgung

Zur VOB-Abnahme, spätestens jedoch eine Kalenderwoche danach, hat der AN eine Entsorgungsbilanz mit allen zur Wiederverwertung oder Entsorgung abgefahrenen Stoffe, Materialien bzw. Bauteile durch Vorlage und Zusammenstellung aller Nachweise wie Wiegescheine, Annahmebelege vollständig dem AG nachzuweisen.

Die Unterlagen sind in Ordnern mit Inhaltsübersicht und Register zusammenzufassen.

10.25 Beweissicherungsverfahren

Gemäß § 3 Abs. 4 VOB Teil B ist vor Beginn der Arbeiten und Baumaßnahme der Zustand der Arbeitsflächen, Zufahrten, der angrenzenden, umliegenden und genutzten Straßen und Geländeoberfläche, der Vorfluter und Vorflutleitungen, ferner der baulichen Anlagen im Baubereich und der benachbarten Bausubstanz fotografisch und schriftlich zu dokumentieren. Dies geschieht im Beisein der Objektüberwachung und des AG. Es ist ein Protokoll zu verfassen und der Objektüberwachung und dem AG vor Beginn der eigentlichen Arbeiten auszuhändigen. Die Niederschrift ist vom Auftraggeber und Auftragnehmer anzuerkennen.

10.26. Genehmigungspflichtige Arbeiten

10.26.1 Arbeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen, Erdarbeiten, Tiefbau

Für alle Grabarbeiten auf den Grundstücken ist 2 Wochen vor Beginn eine Graberlaubnis sowie eine Planauskunft bei den zuständigen Versorgungs- / Entsorgungsunternehmen einzuholen.

Ist es im Zuge der Bauarbeiten notwendig, vorhandene Ver- und Entsorgungsleitungen zu unterbrechen bzw. abzuschalten, ist dies beim Versorgungsunternehmen sowie der Objektüberwachung und dem Auftraggeber mindestens 10 Werktage vorher, wenn nichts anderes vereinbart wird, mündlich und schriftlich zu beantragen. Unvorhergesehene Unterbrechungen von Versorgungseinrichtungen sind der Objektüberwachung bzw. dem Vertreter des Auftraggebers sowie dem zuständigen Ver-/Entsorgungsunternehmen unverzüglich mitzuteilen. Der Auftragnehmer hat auf seine Kosten diese Unterbrechung unverzüglich zu beheben oder dies zu veranlassen. Der Auftragnehmer hat sich vor Beginn der Arbeiten eigenverantwortlich über die Lage von Leitungen zu informieren.

10.26.2 Vermeidung Fehlalarm von Brand-/ Rauchmeldern

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung seiner Arbeiten darauf zu achten, dass ggf. vorhandene Brandmelder nicht versehentlich, z.B. durch Rauch- oder Staubentwicklung ausgelöst werden. Vor der Ausführung entsprechend gefahrgeneigten Arbeiten sind rechtzeitig (d.h. in der Regel mindestens 48 Stunden vorher) geeignete Maßnahmen zur Vermeidung von Fehlalarmen mit dem Auftraggeber bzw. der örtl. Bauüberwachung oder dem Betreiber abzustimmen. Über die Beendigung der Arbeiten ist ebenfalls unmittelbar zu informieren, sodass evtl. getroffene Maßnahmen, wie z.B. die vorübergehende Abschaltung der Brandmeldeanlage, unverzüglich rückgängig gemacht werden können. Während der Abschaltung der Brandmeldeanlage treffen den Auftragnehmer erhöhte Sorgfaltspflichten.

Kosten eines Fehlalarms, der auf Versäumnisse des Auftragnehmers zurückzuführen ist, werden diesem vollständig in Rechnung gestellt.

- Ende der weiteren Vertragsbedingungen -